

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!..... Der Landesschülerrat unterstützt die Initiative „Schule in Freiheit“, weshalb ich heut gern stellvertretend für uns sprechen möchte. Unser Mitwirkungs-gremium vertritt laut Schulgesetz nur die staatlichen Schulen Brandenburgs. Jedoch haben wir, aus unserer Sicht, viele förderliche Aspekte in den Ausführungen dieser Initiative entdecken können, welche die staatlichen Schulen betreffen.

Zuerst nur kurz etwas zu meiner Person. Mein Name ist Jeremy Scheibe. Ich bin 18 Jahre alt und gehöre zu dem letzten Jahrgang, der sein Abitur nach 13 Jahren absolviert. Seit der 4. Klasse bin ich Klassensprecher und seit 2010 Schulsprecher des Paul-Fahlich Gymnasiums Lübbenau. Kurz vor „Schluss“ kann ich sozusagen auf einen langjährigen, praktischen Erfahrungsschatz meines bisherigen Bildungsweges zurückgreifen.

Doch nun zum Thema.

Wenn ich eine allgemeine Bemerkung zu dem Wandel unserer Schullandschaft abgeben müsste, dann wäre es die folgende: Schule wird immer komplexer. Und dort, wo Vorgänge komplexer werden, werden sie zumeist auch zunehmend bürokratisierter und träger, sofern diesem nicht entgegengegangen wird. Eine

organisatorische Autonomie an unseren staatlichen Schulen würde diese unbedingt benötigte Flexibilität schaffen; eigene Budgets für Sach- und Personalfragen das Arbeiten vor Ort erleichtern. Denn es sind kleine Sandkörnchen, die das Getriebe knirschen lassen, keine ganzen Felsbrocken. Ein kaputter Stuhl, der Wunsch nach einem neuen Whiteboard, ein leider langfristig erkrankter Lehrer – das sind Beispiele für Faktoren, welche Probleme und Nöte heraufbeschwören, die schon im Ansatz vermieden, bzw. korrigiert werden könnten. Vor über einem Jahr habe ich in unserer Schulkonferenz über eine neue Soundanlage für unsere Aula mitentschieden. Ich werde Sie nicht mehr erleben. Dafür erlebe ich jedoch täglich Schulbücher für politische Bildung, welche aufgrund ihres Aktualitätsbezuges unsere Bundeskanzlerin in ihrer jetzigen Position noch gar nicht kennengelernt haben.

Der Landesschülerrat sieht in dieser Initiative eine Chance für die Landesregierung, sich vor allem um individuelle Probleme vor Ort zu kümmern; in dem Sie unser Land dazu befähigt, in den Punkten Personal- und Sachfreiheit die Autorität an die staatlichen Schulen zu übertragen, sofern diese das wünschen. Warum etwas verändern, wenn es im Einzelfall klappt.

In den meisten Fällen hinkt es jedoch gewaltig. Das müssen auch schon Mitarbeiter des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vor einigen Jahren gemerkt haben, als sie sich an die Gestaltung eines neuen Konzeptes für mehr Entscheidungsfreiheit machten.

Ich möchte über MoSeS sprechen. Wie Sie sicherlich vermuten, werde ich jetzt keinen Auszug aus der Heiligen Schrift zitieren sondern zu eben jenem Modellvorhaben mich äußern, welches sich die „Stärkung der Selbstständigkeit“ an Schulen, als Ziel gesetzt hat.

Dieses Projekt ist aus unserer Sicht leider unter den Tisch gefallen, bzw. geschmissen worden. Dabei beinhaltet MoSeS viele interessante, flexible und moderne Strukturen, die den alltäglichen Ablauf an Schulen verbessert. Das sind zum einen die Personalrechtlichen Befugnisse, zu denen unter anderem das Einstellen, Kündigen oder Abmahnen von Lehrern gehört. Und zum anderen die Entscheidungsbefugnisse für Sachmittel, welche für kleinere Bauvorhaben oder auch Lehrmaterialien, zum Beispiel aktuelle Bücher, angewandt wurden.

Dass das alles auch so gut funktioniert, wie es sich anhört, möchte ich Ihnen positive Anwendungsbeispiele geben. Wie die meisten Modellversuche wurde auch MoSeS an

Pilotschulen getestet. Die Ausschreibung hierfür fand Ende November des Jahres 2002 statt. Eine dieser Schulen ist das Georg-Mendheim-Oberstufenzentrum [OSZ I]) in Oranienburg. Herr Dieter Starke ist Schulleiter dieser Bildungseinrichtung und ein Befürworter dieser erlangten Selbstständigkeit. Er begrüße vor allem die große Entscheidungsfreiheit, wenn es um die Einstellung neuer Lehrkräfte geht. Es komme zu einer „deutlichen Qualitätssteigerung“ durch gezieltes Suchen und Einsetzen von neuen Lehrern, erklärte er am 3.3.2011 hier im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport.

Die Aussagen von Herr Starke bestätigen im Wesentlichen den Willen nach mehr Selbstständigkeit und der Fähigkeit, mehr Verantwortung tragen zu können. Er spricht die Idee an, mögliche, nicht brauchbare Kapazitäten an Lehrerwochenstunden zu kapitalisieren, um sie in Fortbildungsmaßnahmen zu investieren. Der Schulleiter einer Schule ist die Person, die in der Regel noch vor Schulamt, und erst recht vor dem Ministerium, Problemsituationen erkennt und Lösungsansätze schaffen muss. Bisher fehlte hier die nötige Gesetzesgrundlage.

Wunderbar unkompliziert würde auch die Planung und Finanzierung von unterrichtsbegleitenden Projekten ablaufen. Referenten und Material könnten aus dem hausinternen Budget bezahlt werden, ohne großen, bürokratischen Aufwand.

Schüler können gemeinsam mit ihren Lehrern ihren Bildungsort gestalten und somit attraktiver und vor allem effektiver machen.

Diese Freiheit ermöglicht auch das wirtschaftliche Planen, bzw. Haushalten von Schulen, um nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig wachsen zu können. Schule muss sich immer im Wachstumsprozess befinden und darf nicht in einen Zustand verfallen, bei dem es nur darum geht, das Notwendigste und Baufälligste zu korrigieren. Zu dieser Frage liefern die Beteiligten vor Ort, direkt an den Schulen, die besten Antworten. Neue Möglichkeiten der Mitwirkung, so wie es MoSeS wären möglich, jeder könnte seinen Bildungsort oder Arbeitsplatz persönlich mitgestalten. Vor allem Jugendliche verfolgen dieses Interesse, nur viele Erwachsene kriegen das gar nicht mit. Meistens lautet es, Jugendliche würden sich nicht für politische Mitbestimmung interessieren. Das stimmt nicht, sie sind nur von den Formen der Demokratie gelangweilt, die Jugendliche in ihrer Kreativität und jungem Innovationssinn behindern. Insofern leistet die Selbstständigkeit von Schulen und die daraus resultierenden, neuen Möglichkeiten der Mitgestaltung durch junge Menschen, einen wesentlichen Beitrag zum Bestehen, ja zum Leben und Ausführen unseres demokratischen Systems.

Mit Sicherheit handelt es sich hier um eine Herausforderung, aber wir appellieren an den hohen Stellenwert des Gutes Bildung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien.

Zusammengefasst sind die wesentlichen Aspekte der Volksinitiative zu nennen, welche die staatlichen Schulen betreffen.

Das sind:

- Das Personalrecht zur schnellen Behebung von Problemsituationen wie zum Beispiel Lehrermangel. Ein weiterer Vorteil dieses Rechts ist das daraus entstehende, breitere Bildungs- und Pädagogikangebot.

- Dann das Budgetrecht zur schnellen und unkomplizierten Anschaffung von bsw.

Lehrmaterialien aber auch kleineren bis mittleren infrastrukturellen Baumaßnahmen.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, dass wir uns nicht wünschen, dass eine Schule diese Freiheiten aufgedrückt bekommt. Zwei Wörter dieses Satzes relativieren sich von selbst. Selbständigkeit soll auf freiwilliger Basis und dem eigenen Willen der jeweiligen Schule wachsen.

Als ich das erste Mal von MoSeS gehört hatte, konnte ich mir keine Assoziationen darauf in Zusammenhang mit Schule reimen. Eines erhofft sich der Landesschülerrat dennoch: und zwar das dieser Modellversuch ebenso wenig in Vergessenheit gerät wie eben jener Mensch aus der Bibel. Die positiven Elemente von MoSeS haben einen Platz in der dieser Volksinitiative gefunden und dafür möchten wir werben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!